

Liebe Leserin, lieber Leser,

Am gestrigen Donnerstag fand die letzte Ratsversammlung vor der Sommerpause statt. Im Mittelpunkt stand dabei eine Aktuelle Stunde zum Thema „Queerfeindlichkeit in Hannover“, die unsere Fraktion beantragt hatte.

Eine interessante Lektüre wünscht
Lars Kelich, Fraktionsvorsitzender

Aus der Ratsversammlung

Nachdem in der Nacht vom 19. zum 20. Juni am neuen Jugendzentrum „Queer Unity“ und am Wohnhaus des Queer-Beauftragten des SPD-Stadtverbandes homosexuellenfeindliche Parolen angebracht worden waren, hat unsere Fraktion für die Ratsversammlung am 25. Juni eine **Aktuelle Stunde zu „Queerfeindlichkeit in Hannover“** beantragt. Unsere gleichstellungspolitische Sprecherin Maxi Carl wies in der Debatte daraufhin, dass in den letzten Jahren vermehrt durch Kreise vor allem der extremen Rechten Stimmung gegen bestimmte Bevölkerungsgruppen gemacht werde, seien es Menschen anderer Herkunft, anderer Religion, anderer Hautfarbe oder auch anderer sexueller Orientierung. Wie bereits in der Flüchtlingsdebatte vor einigen Jahren nutzten nun einschlägige Kreise die aktuelle Corona-Krise, um für die gesellschaftlichen Entwicklungen Menschen verantwortlich zu machen, die in den Augen der Rechten von „der Norm“ abwichen. Damit würden Misstrauen und Hass in der Gesellschaft gesät, Diskriminierung befeuert und das friedliche Zusammenleben massiv gestört. Die demokratischen Kräfte seien aufgefordert, dieser Entwicklung engagiert entgegenzutreten und sich schützend vor die betroffenen Personengruppen zu stellen.

Ein Zeichen, das in diese Richtung geht, setzten die demokratischen Fraktionen im Rat mit dem Beschluss, die Landeshauptstadt Hannover solle dem **Bündnis „Niedersachsen hält zusammen“** beitreten. Der Vorstoß hierzu kam aus unserer Fraktion, und neben den Ampel-Partnern unterzeichneten auch CDU, Linke & Piraten sowie „Die Fraktion“ diesen Antrag.

Beschlossen haben wir im Rat zudem unter anderem die **Fortschreibung des Medienentwicklungsplans**, womit Schulen in Hannover mit einer besseren digitalen Infrastruktur und deutlich mehr digitalen Angeboten ausgestattet werden. Ein erheblicher Teil der Mittel hierfür kommt aus dem DigitalPakt, den Bund und Länder im vergangenen Jahr beschlossen hatten.

Anträge

In ihrer vergangenen Sitzung am 23. Juni hat unsere Fraktion in ihrer letzten Sitzung am 16. Juni verschiedene Anträge beschlossen, die Planung für ein weiteres Baugebiet am Kronsberg anschieben zu lassen. Außerdem wollen wir die Ausrichtung von Volks- und Stadtteilsten sowie die Sanierung der kulturhistorischen Museen unterstützen und Maßnahmen für mehr Bildung gegen Rassismus ergreifen lassen.

Nachdem wir vor mehreren Jahren die Planungen für die Bebauung des Kronsberg-Süd angeschoben hatten, die seit letztem Jahr umgesetzt werden, möchten wir nun auch die verbliebene Reservefläche für den **Wohnungsbau am Kronsberg** an den Start bringen. Diese Fläche, die

im Norden des Kronsbergs liegt, soll für die Planung vorbereitet werden, damit auch hier in Zukunft Wohnungen entstehen können.

Durch geeignete Maßnahmen soll nach unserem Wunsch die Verwaltung **Volks-, Stadtteil- und Schützenfeste** unter den Bedingungen der anhaltenden Corona-Pandemie unterstützen. Damit soll ein Beitrag geleistet werden, diese Feste unter den entsprechenden Hygienebedingungen zu ermöglichen, da sie einen wichtigen Bestandteil des Zusammenlebens in den Stadtteilen darstellen.

Um so schnell wie möglich das Historische Museum (HMH) sanieren zu können, soll sich die Verwaltung nach unseren Vorstellungen auf die Suche nach zusätzlichen Depotflächen für die Exponate des HMH begeben. Zugleich wollen wir die Verwaltung beauftragen, die **Sanierung der kulturgeschichtlichen Museen** (zu denen neben dem HMH vor allem das Museum August Kestner gehört) abschnittsweise vorzunehmen. Zusätzliche Depotflächen können dabei helfen, dass diese Sanierung beschleunigt wird.

Um Rassismus bereits im Kindheits- und Jugendalter bekämpfen zu können, möchten wir die **antirassistische Bildungsarbeit** an Hannovers Schulen verstärken. Dazu sollen nach unseren Vorstellungen ein jährlicher kommunaler Bildungstag „Gegen Rassismus und Diskriminierung – für gesellschaftliche Vielfalt“ eingeführt, das Projekt „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ ausgeweitet und zudem eine Untersuchung zum herkunftssprachlichen Unterricht an Hannovers Schulen durchgeführt werden. Dabei soll auch der Bedarf an herkunftssprachlichem Unterricht erhoben werden.

Impressum

Herausgeberin: SPD-Fraktion im Rat der Landeshauptstadt Hannover

Friedrichswall 15, 30159 Hannover, V.i.S.d.P.: Dr. Marc-Dietrich Ohse, Lars Kelich.

spd@hannover-stadt.de, www.spdratsfraktionhannover.de,

Facebook: <https://www.facebook.com/SPDRatsfraktionHannover>, Instagram:

<https://www.instagram.com/spdrathannover/>, Twitter: <https://twitter.com/spdrathannover/>